



Frühjahrstagung IWF und Weltbank in Washington D.C

In dieser Woche kamen vom 21.04 bis zum 23.04 Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF), Weltbank, Finanzminister der G20-Länder sowie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und einige seiner Kommissare zur jährlichen Frühjahrstagung in Washington D.C zusammen. Es ist das erste Treffen der gesamten G20-Finanzminister nach dem Treffen vor vier Wochen in Baden-Baden, welches nicht nur positiv verlaufen ist, da die amerikanischen Vertreter auf deren „America First“ Politik pochte.

Im Vorfeld der Frühjahrstagung äußerte Christine Lagarde, Chefin des IWF, Kritik an der Außenhandelsbilanz Deutschlands. Ihrer Ansicht nach ist der Überschuss zu hoch und die Ungleichgewichte in den Außenhandelsbilanzen seien schädlich für stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Im Jahr 2015 erzielte Deutschland einen Rekordüberschuss von 8,6 Prozent im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des Landes. Im vergangenen Jahr wurde ein Überschuss von 8,3 Prozent erzielt. Nach Angaben des Finanzministeriums von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dürfte der Überschuss in den nächsten zwei Jahren Richtung sieben Prozent zurückgehen. Ab einem Wert von sechs Prozent wird ein Überschuss von der EU als kritisch angesehen.

Nach einem Bericht des Handelsblatts möchte Wolfgang Schäuble das Zusammenkommen auf der Frühjahrstagung dazu nutzen, um die Vorwürfe an der deutschen Handelsbilanz zu entkräften. Für die Bundesregierung sei der Überschuss keine Steuerungsgröße, sie ließe sich nur sehr begrenzt durch politische Maßnahmen beeinflussen. Etwa die Hälfte des Überschusses sei auf strukturelle Rahmenbedingungen zurückzuführen, die die Politik kurzfristig nicht zu ändern vermag. Hierzu gehören unter anderem die hohe Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf den Weltmärkten sowie die qualitativ hochwertige, industriell geprägte und komplexe Güterstruktur.

Auch das Thema Globalisierung stand auf der Agenda des Treffens. Sowohl Lagarde als auch der Präsident der Weltbank, Jim Yong Kim, machten unmissverständlich klar, dass es bei der Globalisierung kein Zurück geben darf.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
17. April bis 23. April*

Schweden möchte Staatsfonds gründen

Dienstag, 18. April – Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass Schweden mit Staatsfonds den Bondmarkt anschieben möchte. In Schweden liegt die Schuldenquote gerade einmal bei 31 Prozent im Vergleich zur Wirtschaftsleistung, der Euro-Länder Durchschnitt liegt bei 90 Prozent. Dies hat zur Folge, dass Anleger schwedischer Anleihen einen Aufschlag für das Halten der Staatsanleihen zahlen. In Schweden besteht dadurch die Sorge eines Wegbleibens der Investoren, das zur Verteuerung der Kreditaufnahme führen würde. Nun steht im Raum, ob mehr Schuldpapiere der Regierung aufgelegt werden sollen, um das Angebot am Markt zu erhöhen. Das dadurch generierte Geld würde in den Staatsfond gesteckt werden, da es nicht für die Staatskasse benötigt wird.

Preisanstieg schwächt sich ab

Mittwoch, 19. April – Der Preisanstieg in der Euro-Zone hat sich im März deutlich abgeschwächt. Die Verbraucherpreise stiegen im März gegenüber dem Vormonat Februar um 1,5 Prozent und liegen nun wieder unter der Zielvorgabe von knapp unter zwei Prozent. Als Grund für die Abschwächung der Inflation werden die Energiepreise genannt, die im März nur noch 7,4 Prozent über denen aus dem Vormonat liegen.

Fortsetzung auf Seite 2

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
16. Kalenderwoche

Besonders die Ärmsten würden von einer Abkehr der Globalisierung in Mitleidenschaft geraten und den Entwicklungsländern würden die Chancen zum Aufholen genommen werden.

Zu diesem Thema diskutierten am Freitag auch die Finanzminister und Notenbankchefs der G20-Staaten. Wolfgang Schäuble, der zurzeit den Vorsitz der Gruppe führt, äußerte sich diesbezüglich so: „Protektionismus ist schlecht für die betroffenen Länder und er ist schlecht für die Weltwirtschaft“. Bei dem Treffen hätte es aber Signale der Vereinigten Staaten in die richtige Richtung gegeben, so dass Wolfgang Schäuble zuversichtlich ist, dass beim G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs Anfang Juli in Hamburg eine „unkonfrontative Lösung“ gefunden werden könne.

Während der Frühjahrestagung kamen auch erfreuliche Nachrichten von der griechischen Statistikbehörde. Diese teilte einen Primärüberschuss von 3,9 Prozent für das vergangene Jahr mit. Der Primärüberschuss ist der Haushaltsüberschuss eines Landes, bei dem die Kosten für die Schulden ausgeklammert werden. „Das ist deutlich über dem, was wir vorhergesagt haben und deutlich über dem, was alle vorhergesagt haben“, sagte der IWF-Europachef Poul Thomsen. Dennoch müssen weitere Gespräche geführt werden, in denen insbesondere die Frage geklärt wird, wie lange ein solch hoher Primärüberschuss aufrechterhalten werden muss.

Hintergrund: Frühjahrestreffen in Washington

[FAZ: IWF-Chefin Lagarde: Bei der Globalisierung darf es kein Zurück geben](#)



Im Februar lagen die Energiepreise noch 9,4 Prozent höher zum Niveau des Januars. Dienstleistungen verteuerten sich im März um ein Prozent, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabakwaren um 1,8 Prozent, so das Handelsblatt.

China plant Steuersenkung

Donnerstag, 20. April – Nachdem Chinas Wirtschaft im vergangenen Jahr mit 6,7 Prozent Wirtschaftswachstum so langsam wie seit 26 Jahren nicht mehr gewachsen ist, versucht die chinesische Regierung den Konsum mit Steuersenkungen anzuregen. Vor allem das Mehrwertsteuersystem soll geändert werden. Zudem sollen die Steuerklassen von vier auf drei Klassen reduziert werden. Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 73.000 Dollar oder weniger sollen von Vergünstigungen profitieren. Insgesamt sollen die Steuererleichterungen einen Umfang von 55 Milliarden Dollar umfassen. Um mit dem fallenden Wirtschaftswachstum umzugehen, versucht die Regierung von dem Modell „Werkbank für die Welt“, hin zu einem stärkeren Konsum getriebenen Wirtschaft zu kommen, berichtet die FAZ.

Zahl der Woche:

1,5 Prozent

betrug der Anstieg der Verbraucherpreise im Monat März in der Euro-Zone. *Reuters*